

Eingangsreferat des Integrationsbeauftragten des Landes Nordrhein-Westfalen Thomas Kufen zum Thema „Der Staat und die Fremden-Erfolge und Versäumnisse der deutschen Integrationspolitik“ anlässlich der Veranstaltung im Rahmen der Ruhrtriennale 08 am 14. September 2008 in Bochum

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich danke Ihnen heute im Rahmen des Symposiums sprechen zu dürfen und freue mich, dass das Thema „Integration“ auf der Agenda der Ruhrtriennale steht.

Die Diskussion um Zuwanderung und Integration ist in Deutschland nie frei gewesen von Übertreibungen, Schreckensszenarien und Vorurteilen.

Manchmal hilft schon ein Blick in die Statistik, um verbreitete Fehleinschätzungen zu entkräften.

Es gibt zum Beispiel einen Gegensatz zwischen der „gefühlten“ und der „tatsächlichen“ Einwanderung.

Tatsache ist: Es findet kaum noch Zuwanderung statt.

Die Zeiten hoher Wanderungsüberschüsse wie in den späten 1980er und frühen 1990er Jahren, als neben Aussiedlern und Asylbewerbern auch viele Bürgerkriegsflüchtlinge nach Nordrhein-Westfalen kamen, sind vorbei.

Die Zahlen für die wichtigsten Zuwanderergruppen zeigen das:

- 1995 kamen fast 30.000 Asylbewerber nach Nordrhein-Westfalen. Im zurückliegenden Jahr 2007 waren es nur noch 5.140.
- Im Jahr 1995 wanderten rund 45.000 Aussiedler nach Nordrhein-Westfalen. 2007 waren es noch 1.266.
- Im vergangenen Jahr haben nur 111 Hochqualifizierte in Nordrhein-Westfalen eine Niederlassungserlaubnis erhalten.
- Auch der Familiennachzug hat seinen Höhepunkt ganz offenkundig überschritten. Im Jahr 2006 sind insgesamt 50.000 Männer, Frauen und Kinder aus Ländern außerhalb der Europäischen Union nach Deutschland gekommen. Im Jahr 2002 waren es noch über 85.000. Tendenz: weiter abnehmend.

Alles in allem wanderten im Jahr 2006 insgesamt 130.000 Personen nach Nordrhein-Westfalen zu. *Gleichzeitig* – und das mag den einen oder anderen überraschen – wanderten 120.000 Personen wieder ab.

Das heißt: Der aktuelle jährliche Wanderungsüberschuss lag im Jahr 2006 lediglich bei 10.000 Menschen. Das ist in einem Land von über 18 Millionen Menschen nicht gerade viel.

Man sollte also nicht so tun, als würde Deutschland überrannt von Zuwanderern: Das Gegenteil ist der Fall.

Wenn ich nur die deutschen Zuwanderer betrachte, dann ist die Wanderungsbilanz sogar negativ. Im Jahr 2006 sind 25.700 Deutsche aus Nordrhein-Westfalen ins Ausland gezogen, 17.100 wanderten von dort zu.

Der Abwanderungsüberschuss bei den Deutschen hat sich mit 8.600 gegenüber 2005 (6.100) und 2004 (3.800) erneut deutlich erhöht. Das heißt: Seit Jahren wandern mehr Deutsche ab, als aus dem Ausland zuwandern.

Wir haben – überspitzt gesagt – *kein Einwanderungs-*, wir haben *ein Auswanderungsproblem*.

Der Staat und die Fremden Erfolge und Versäumnisse der deutschen Integrationspolitik

Integration von Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte wird als eine große Herausforderung für unsere Gesellschaft verstanden. Unser Land verändert sich. Die Vielfalt der Kulturen, der ethnischen Abstammungen und religiösen Überzeugungen nimmt zu.

Hier in Nordrhein-Westfalen, vor allem hier bei uns im Ruhrgebiet, ist das nicht so neu, seit Generationen sind Menschen aus anderen Herkunftsländern hierher gekommen, um Arbeit zu finden.

In der Integrationspolitik erleben wir seit zwei, drei Jahren eine echte Wende: Endlich sprechen Politiker und Zuwanderer *miteinander*, anstatt nur *übereinander* zu sprechen. Ich bin davon überzeugt: Das gemeinsame Gespräch ist der *erste Schritt* zur erfolgreichen Integration.

Dafür stehen zum Beispiel die zwei Nationalen Integrationsgipfel, die auf Einladung der Bundeskanzlerin stattgefunden haben. Und in Nordrhein-Westfalen steht dafür der Integrationsbeirat, der dazu beiträgt, dass Integration in Nordrhein-Westfalen besser gelingt. Ihm gehören selbstverständlich auch Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Migrantenselbstorganisationen an.

Dieser Dialog ist notwendig, und es ist bedauerlich, dass wir ihn nicht schon viel früher begonnen haben. Viel zu lange haben verantwortliche Politiker in Deutschland darüber hinweg gesehen, welche Interessen die Menschen mit Zuwanderungsgeschichte haben. Zuweilen wurden sie nicht einmal zur Kenntnis genommen: Menschen, die in mehr als 50 Jahren zu uns gekommen sind und in der Mitte unserer Gesellschaft leben, die hier ihre Steuern zahlen, arbeiten, vielleicht ein Haus bauen und eine Familien gründen wollen.

Anstatt den Dialog zu suchen, haben *die einen* einfach nicht zur Kenntnis nehmen wollen, dass es dauerhafte Zuwanderung nach Deutschland gibt.

Und *die anderen* haben so getan, als wäre Integration ein immerwährendes fröhliches Straßenfest, bei dem es keine Probleme und Herausforderungen geben kann.

Dass es Probleme bei der Integration gibt, wer will oder kann das bestreiten?

Dass die Aufgabe groß ist, die wir hier insgesamt vor uns haben, wird deutlich, wenn man sich eine Zahl vor Augen hält:

- *Schon heute leben rund vier Millionen Menschen in Nordrhein-Westfalen mit einer Zuwanderungsgeschichte.*
- *Ihre Erwerbslosenquote liegt laut Integrationsbericht 2008 bei 17,9 %, insgesamt sind es 9,9 %. Die Arbeitslosenstatistik kennt nur Deutsche und Ausländer, keine Menschen mit Zuwanderungsgeschichte: Danach lag im Juni 2008 die Arbeitslosenquote in Nordrhein-Westfalen insgesamt bei 8,4 %, die der Ausländer bei 22,5 %, also mehr als doppelt so hoch. In Städten wie Dortmund oder Duisburg haben bis zu einem Drittel der Arbeitslosen ausländische Wurzeln.*
- *Die Armutsrisikoquote der Personen mit Zuwanderungsgeschichte in NRW liegt mit 29,6 % weitaus höher als bei der Bevölkerung ohne Zuwanderungsgeschichte, die zu 10,0 % von Armut bedroht ist. Das höchste Armutsrisiko besteht mit 40,4 % für die türkischstämmige Bevölkerung. Der Hauptgrund dafür ist die höhere Arbeitslosigkeit. Sie haben ein Einkommen von durchschnittlich 836 Euro im Monat zur Verfügung, deutsche Personen hingegen eines von 1.296 Euro. Berechnungen der Stiftung Zentrum für Türkeistudien kommen zu ähnlichen Resultaten - deutschlandweit.*
- *Der Integrationsbericht 2008 kommt zu dem Ergebnis, dass 16,5 % der Bevölkerung mit Zuwanderungsgeschichte über 15 Jahre in NRW ohne Schulabschluss sind, während die Vergleichsgruppe ohne Zuwanderungsgeschichte gerade 2,1 % beträgt. Ein nochmals deutlich ungünstigeres Bildungsprofil weisen türkeistämmige Menschen auf: 32,9 % von ihnen haben keinen allgemeinbildenden Schulabschluss. Entsprechend klein ist der Anteil derer, die mittlere oder höhere Abschlüsse erzielen. Die Fachoberschulreife erlangen 11,9 %, und die die Fachhochschulreife und Hochschulreife 10,7 %.*

Sie sehen, es ist eine große Aufgabe, aber richtig ist auch: Kein anderes Bundesland hat mehr Erfahrungen mit Zuwanderung und kein anderes Bundesland hat mehr Erfahrung mit Integration als Nordrhein-Westfalen.

Ganz aktuell kann ich Ihnen berichten, dass sich Nordrhein-Westfalen weiter als Vorreiter in Sachen Integration positioniert hat. Vor 2 Wochen wurde der erste Integrationsbericht veröffentlicht.

Mit diesem 1. Integrationsbericht des Landes legt die Landesregierung eine integrationspolitische Zwischenbilanz vor und baut damit seine bundesweite Vorreiterrolle in Sachen Integration aus. Wir stellen uns unserer Verantwortung für mehr Integration.

Wir wollen die Chancen, die durch die Menschen, die zu uns gekommen sind, besser nutzen.

Wir verschließen aber auch nicht die Augen vor den Problemen. Wir sind realistisch und ehrgeizig zugleich. Wir in Nordrhein-Westfalen betreiben eine Integrationspolitik ohne Angst und ohne Träumereien.

Unser Ziel heißt: Nordrhein-Westfalen soll zum Land der neuen Integrationschancen werden.

Ich sage aber auch: Nur wer sich offensiv und selbstbewusst zu seiner Kultur bekennt, wird in der Lage sein, selbstbewusst in einen Integrationsprozess zu gehen.

Nur wer in seiner eigenen Kultur zu Hause ist, kann das Fremde als das andere verstehen.

Wer dagegen seine Kultur verleugnet, wird auch Menschen aus anderen Kulturen nicht verstehen können. Wenn wir unsere Traditionen, unsere Sitten, unsere Geschichte und unsere Sprache vergäßen, wären wir nicht offener für das Fremde.

Wir wären gar nicht in der Lage, andere mit ihren eigenen Traditionen, mit ihren eigenen Sitten, mit ihrer eigenen Geschichte oder Sprache zu verstehen.

Die Schlüssel zur Integration sind Bildung und Sprache, sie sind die Voraussetzungen für die gesellschaftliche Teilhabe.

Was wir aber nicht vergessen dürfen: Integration ist kein einseitiger Prozess, auch die Mehrheitsgesellschaft muss ihren Beitrag leisten.

Die Bildungschancen für die Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zu verbessern, liegt im Interesse der Kinder und ihrer Familien. Es muss aber auch zentrales Interesse einer Gesellschaft sein, die ihre Zukunft ernst nimmt. Denn: Beste Bildungschancen brauchen wir auch deshalb, weil unsere Gesellschaft immer älter wird und schrumpft.

Die Landesregierung hat deshalb ihren integrationspolitischen Schwerpunkt auf Sprachförderung und verbindliche Sprachstandsfeststellungen für Vierjährige gelegt.

Wer bei der Einschulung nicht gut deutsch spricht, der ist für die weitere Schullaufbahn in einer ungünstigen Startposition.

Das, was wir in den Kindertageseinrichtungen beginnen, setzen wir in den Schulen fort. Wir bauen das Angebot an Ganztagesbetreuung aus. Nach dem Ausbau der Ganztagsbetreuung *an den Hauptschulen* folgen in den nächsten Jahren die Realschulen und die Gymnasien.

Und wir wollen bei den Schulen verstärkt dafür werben, dass sie bei der Ausschreibung und Auswahl von Lehrkräften Zuwanderer gezielt ansprechen und zur Bewerbung ermuntern.

Lehrerinnen und Lehrer mit Zuwanderungsgeschichte können mit ihrer doppelten Kompetenz in der deutschen Sprache und der Herkunftssprache eine ganz wichtige Mittlerfunktion in der Schule einnehmen und die interkulturelle Qualifizierung fördern.

Es darf nicht mehr so sein, dass der Zuwandereranteil im Klassenraum bei über 50 Prozent, im Lehrerzimmer aber bei null Prozent liegt.

Die Menschen mit Zuwanderungsgeschichte sind durchschnittlich jünger als die, wenn Sie so wollen, „angestammte“ Bevölkerung.

Vierorts ist angesichts dieser beiden Faktoren folgendes Szenario nicht unrealistisch:

In einem Stadtteil leben zwei Drittel Zugewanderte und ein Drittel Nicht-Zugewanderte zusammen. Die zwei Drittel Zugewanderten setzen sich ganz überwiegend aus jungen Menschen und aus Menschen im Erwerbsalter zusammen. Das übrige Drittel besteht in seiner Mehrheit aus alteingesessenen Seniorinnen und Senioren.

Dieses Szenario kann als ein Konfliktszenario gedacht werden. Es ist aber auch ein Szenario denkbar, das von einem solidarischen Miteinander geprägt ist. Wer den weitverbreiteten Respekt vor dem Alter in vielen Zuwanderungskulturen kennt, der weiß, dass dieses Szenario keine Utopie sein muss.

Aber ohne entsprechende Rahmenbedingungen, ohne entsprechende politische Intervention und Unterstützung wird sich das nicht realisieren lassen.

Hier kann und muss Politik einen wesentlichen Beitrag leisten, durch eine Fülle von Ansätzen, die von der Arbeitsmarktpolitik bis zum Städtebau reichen. Und dazu muss auch gehören, die Generationenpolitik und Integrationspolitik miteinander zu verbinden.

Lassen Sie mich das an einem Beispiel deutlich machen: Wir haben mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge vereinbart, dass dessen regionale Mitarbeiter in unseren Familienzentren Eltern mit Zuwanderungsgeschichte über Integrationskurse informieren und ggf. dafür werben, an diesen Kursen teilzunehmen.

Bildungschancen und Teilhabe auf dem Arbeitsmarkt – das sind sozusagen die „harten Fakten“ der Integration.

Aber ebenso wichtig sind psychologische Faktoren. Wenn Wirtschaftspolitik zu 50 Prozent Psychologie ist, dann ist es Integrationspolitik erst recht.

Dabei sind zwei Aspekte besonders wichtig:

Das *erste* ist: Wer sich für die deutsche Staatsbürgerschaft entscheidet und diese verliehen bekommt, für den sollte dieser Tag etwas Besonderes sein.

Das bedeutet dann aber auch, dass die Kommunen ein würdiges, ein festliches Ereignis daraus machen müssen.

Dieser Gedanke ist mir auch deshalb wichtig, weil eine würdige Einbürgerungsfeier auch die Wertschätzung für diejenigen zum Ausdruck bringen kann, die „Ja“ sagen zu unserem Land.

Neuere Untersuchungen zeigen zudem, dass Eingebürgerte sowohl im Bildungssystem als auch auf dem Arbeitsmarkt erfolgreicher sind.

Für mich ist das *ein Grund mehr*, für Einbürgerung zu werben. Sie ist so etwas wie ein Siegel für erfolgreiche Integration.

Anrede,
einen *zweiten* Gedanken möchte ich anführen:

Für viele Menschen mit Zuwanderungsgeschichte ist die Religion ein wichtiger Halt und ein prägendes Identitätsmerkmal.

Viele der Zuwanderer sind Muslime. Sie bilden nach Katholiken und Protestanten die drittgrößte Glaubensgemeinschaft in Deutschland. Allein in Nordrhein-Westfalen leben rund eine Million Menschen, die sich zum muslimischen Glauben bekennen.

Wer Integrationspolitik betreiben will, darf also auf dem „religiösen Auge“ nicht blind sein.

Auf der Ebene des Bundes bietet die Deutsche Islam-Konferenz, zu der Bundesinnenminister Schäuble eingeladen hat und in der Nordrhein-Westfalen aktiv mitarbeitet, ein wichtiges Forum für den Dialog mit dem Islam.

Ich habe es als wohltuend empfunden, dass der Bundesinnenminister klar gesagt hat: „Der Islam ist Teil Deutschlands.“

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen will gemeinsam mit den muslimischen Organisationen im Land vom bloßen Dialog zu konkreten Kooperationsvereinbarungen kommen.

Es ist für uns selbstverständlich, dass nur solche Institutionen als Kooperationspartner in Frage kommen, die die Werte der Verfassung anerkennen und die zum Gelingen der Integration beitragen.

Natürlich ist das kein einfacher Weg. Die Gespräche, die wir mit den islamischen Verbänden führen, sind mitunter schwierig.

Unser Ziel aber ist klar: Wir wollen bis zum Ende der Legislaturperiode die Grundlagen für einen islamischen Religionsunterricht in deutscher Sprache, mit in Deutschland ausgebildeten Religionslehrern und -lehrerinnen und unter deutscher Schulaufsicht schaffen.

Wir dürfen nicht vergessen, dass die ethnische, religiöse, muttersprachliche und kulturelle Vielfalt in unserem Lande eine große Chance und eine wichtige Zukunftsressource ist.

Aber diese Ressource wird nur dann ausgeschöpft, wenn es nicht bei einem beliebigen Nebeneinander bleibt, sondern wenn es einen kontinuierlichen Dialog zwischen den verschiedenen Gruppen gibt.

Einen "Clash of Civilisations", den Samuel Huntington in den 90er Jahren prognostiziert hat, muss es nicht geben, weder hierzulande noch weltweit.

Es ist eben nicht richtig, dass Unterschiede der Kultur oder der Religion für sich genommen zu Konflikten führen müssen. Oder dass umgekehrt das Fehlen solcher Unterschiede inneren und äußeren Frieden garantierte:

Wie häufig haben in der europäischen Geschichte und der Weltgeschichte Länder und Gruppen gegeneinander Kriege geführt, die der gleichen religiösen oder kulturellen Tradition entstammen?

Religiöse und ethnische Unterschiede führen also nicht zwangsläufig oder gesetzmäßig zu Gewalt. Aber solche Unterschiede können wichtige Faktoren für das Entstehen politischer Gewalt sein, wenn wir zulassen, dass sie zu Konflikten eskalieren.

Die Anerkennung der kulturellen Vielfalt bedeutet nicht multikulturelle Beliebigkeit. Unter dem Kunstbegriff „Multikulti“ wurde jahrelang eine falsch verstandene Toleranz gelebt, und wenn es Konflikte gab, hat man weggeschaut.

Dieses Wegschauen hat dazu geführt, dass ein nicht zu unterschätzender Teil der Einwanderer in ihren eigenen ethnischen Kolonien – teilweise ohne die deutsche Sprache gebrauchen zu müssen – lebt.

Aber ein bloßes Nebeneinander bringt uns nicht weiter. Denn ohne ein Mindestmaß an Gemeinsamkeit erträgt eine Gesellschaft auch keine Vielfalt. Das Fundament unserer Gesellschaft muss die Beherrschung der deutschen Sprache und eine gemeinsame Wertebasis auf Grundlage der freiheitlich-demokratischen Grundordnung sein. Dies ist für alle verbindlich.

Meine Damen und Herren, umgesetzt und mit Leben gefüllt wird Integration in Nordrhein-Westfalen vor Ort in den 396 Kommunen. Ohne die Städte und Gemeinden bleibt jede Integrationspolitik Stückwerk.

In den vergangenen Jahren sind viele innovative Ideen auf der kommunalen Ebene für eine bessere Integration der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte entwickelt und umgesetzt worden. Das ist ermutigend und erfreulich zugleich.

Wir müssen uns der Realität stellen. Einwanderung ist Realität und Integration eine gemeinsame Verpflichtung. Realität ist auch dass unsere Gesellschaft sich durch die Zuwanderer geändert hat und auch weiter ändern wird. Hiervor dürfen wir nicht die Augen verschließen. Es muss uns gelingen, das Zusammenleben zwischen Deutschen und Zuwanderern mit guten Perspektiven für alle zu gestalten. Denn: Integration wird nur dann erfolgreich sein, wenn sie zusammen mit den Zuwanderern gestaltet wird. Eine Denke „wir“, die Deutschen, und auf der anderen Seite „die anderen“, die Zuwanderer, ist schon lange fehl am Platz.